

Antrag Nr. 12-F-33-0049

SPD + CDU

Betreff:

Auswirkung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Landeshauptstadt Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 26.04.2012 -

Antragstext:

Am 31. März 2012 einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf einen Tarifabschluss im öffentlichen Dienst. Danach werden die Gehälter der Beschäftigten von Bund und Kommunen innerhalb von zwei Jahren um insgesamt 6,3 Prozent steigen. Die erste Anhebung von 3,5 Prozent erfolgt rückwirkend zum 1. März, im Januar und August 2013 steigen die Löhne dann noch einmal um jeweils weitere 1,4 Prozent.

Dieser Abschluss hat, zumal er rückwirkend in Kraft tritt, unmittelbare Auswirkungen auf das Personalbudget Wiesbadens.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten:

1. Gibt es bereits Schätzungen, wie sich der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auf die Finanzen der Landeshauptstadt Wiesbaden auswirken wird?
2. Wie bewertet der Magistrat angesichts der prekären Haushaltslage diesen Tarifabschluss?
3. Wie hoch wären die finanziellen Auswirkungen, wenn der Tarifabschluss für Angestellte durch die hessische Landesregierung auf Beamte übertragen würde?

Wiesbaden, 26.04.2012

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Sven Gerich
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)

Thomas Kroppen
Geschäftsführer

Ralf Munser
Geschäftsführer